

Gefährlichkeit der Bonner Ultras übertrieben?

Auch an uns wurde die Frage herangetragen, ob die Gefahr des westdeutschen Militarismus wirklich so groß sei, wie wir das immer behaupten. Wir halten dafür, die Fragesteller auf das Walter-Ulbricht-Interview vom Sonntag zu verweisen und einen Auszug daraus als unmittelbare Antwort hier zu zitieren:

Unser Volk hat die Unterschätzung der Aggressivität und Abenteuerlichkeit seiner herrschenden imperialistischen Kräfte in zwei Weltkriegen sehr teuer bezahlen müssen. Das deutsche Volk kann es sich nicht noch einmal leisten, die Erfahrungen der Geschichte geringzuschätzen.

Sobald Sie, die Pläne eines Krieges, sowohl mit traditionellen als auch mit nuklearen Waffen, auf deutschem Boden werden in Westdeutschland von Leuten in verantwortlichen Regierungspositionen öffentlich diskutiert und in Manövern bereits durchgespielt. Der westdeutsche Vizekanzler Herr Mende, Mitglied der Regierung und auch des Verteidigungsausschusses des westdeutschen Bundestages, ein Mann also, der ziemlich genau über Bonns Pläne und Vorhaben informiert sein dürfte, hat uns öffentlich mit „verdecktem Krieg“ und Bürgerkrieg gedroht. Der Minister für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Heinz Hoffmann, war genötigt, ihm auf einer Pressekonferenz klar und unmissverständlich mitzuteilen, welches Schicksal jeden einzelnen Teilnehmer an einer Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik erwartet.

Es ist doch Tatsache: Schon die Vorbereitung der multilateralen Atomstreitmacht der NATO hat dazu geführt, daß westdeutsches Militärpersonal engsten Kontakts mit atomaren Sprengköpfen und Trügerketten erhalten hat und an ihnen erzieht ausgebildet wird. Mindestens ein Atomraketenboot mit teilweise westdeutscher Besatzung ist bereits unterwegs. Beim Zustandekommen der MLF, ganz gleich, ob in amerikanischer oder britischer oder auch einer anderen Variante, wird ein Teil der Atomraketenboote unter dem Kommando westdeutscher Generale und Admirale stehen, die bereits im zweiten Weltkrieg bewiesen haben, wessen sie fähig sind.

Sowohl in Westdeutschland als auch im Ausland hat die westdeutsche Regierung Vorbereitungen für die Herstellung eigener Atomwaffen getroffen. Die Produktion von Raketen ist in Westdeutschland bereits im Gange. Die Kommandostellen und höheren Stäbe der NATO sind schon so weit mit westdeutschen Militärs besetzt, daß gar keine Rede davon sein kann, daß etwa die westdeutschen Militärs unter der Kontrolle ihrer NATO-Bundesgenossen stünden.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wer die Augen vor dieser und vielen anderen nicht minder überzeugenden Tatsachen nicht münden überzeugenden Tatsachen verschließt, gerät in Gefahr, seine Politik auf Illusionen aufzubauen. Wir aber sind gewöhnt, Tatsachen zu berücksichtigen und nicht das schönrednerische Geschwätz der Wölfe in hohen Fellegeräten. Das heißt, wir schätzen die neue Lage auf Grund der Tatsachen exakt ein und ziehen die notwendigen Schlussfolgerungen, auch wenn das den Wölfen unangenehm ist...

Ich denke: Wir alle verdienen Prügel, wenn wir die Erfahrungen der Geschichte vergessen.

Sobald Sie, als der deutsche Imperialismus und seine Hiltelgenerale, von denen einige an der Spitze der Bundeswehr stehen und führende Positionen in der NATO bekleiden, während des zweiten Weltkrieges — das war schon im Jahre 1940 — beschlossen hatten, die Sowjetunion zu überfallen, wollten das manche verantwortliche Politiker nicht glauben. Schließlich war der Krieg im Westen noch nicht beendet, und so hielten verantwortliche Staatsmänner ein für den Aggressor von vornherein so selbstmörderisches Vorhaben für gänzlich unwahrscheinlich.

Diese Unterschätzung der traditionellen Abenteuerlichkeit der Politik der deutschen Imperialisten und ihrer Generale und ihre ebenso traditionelle Unfähigkeit, das Kräfteverhältnis in der Welt real einzuschätzen, mußte von den Völkern und auch vom deutschen Volk mit großen Opfern bezahlt werden. Aus den geschichtlichen Erfahrungen müssen wir die Schlussfolgerung ziehen: Für die gegenwärtige westdeutsche Regierung, für ihre Bevandelpolitiker und Hiltelgenerale ist kein Aggressionsplan zu abenteuerlich.

Der Führer der Christlich-Sozialen Union, Herr Strauß, hat zum Beispiel erst kürzlich erklärt, auch Hitler hat keinen Weltkrieg gewollt. Er habe nur beim Einmarsch in Polen nicht angenommen, daß England eingreifen würde. Das heißt, Herr Strauß will den Überfall auf Österreich, die Tschechoslowakei und auch auf Polen rückwärtsgerichtet, nur hätte Hitler eben vorher sicherstellen müssen, daß England auch gegenüber Polen auf ein Münchner Abkommen eingeht. Das zeigt den Geist, der heute noch in den herrschenden Kreisen in Westdeutschland steckt.

Wenn Sie Fragen haben, Schreiben Sie der UZI!

Warum wird unser Geld international nicht gehandelt?

Genossen aus dem Mathematischen Institut baten uns zu erklären, warum unser Geld nicht auf dem Weltmarkt gehandelt werden kann. Wir wandten uns um Antwort an Dr. Gerhard Hoffmann vom Institut für Politische Ökonomie:

Die Währung der DDR ist, wie die Währungen aller sozialistischen Länder eine Binnenwährung. Der sozialistische Staat errichtete bei seinem Entstehen ein staatliches Währungs- und Valutamonopol über den Geldumlauf. Dieses Währungs- und Valutamonopol wird in der DDR von der Deutschen Notenbank wahrgenommen. Sie plant und kontrolliert den Geldumlauf sowie die Zahlungsbeziehungen der DDR mit dem Ausland. Damit sichert die Deutsche Notenbank die Stabilität des inneren Geldumlaufs. Wie notwendig die Errichtung dieses staatlichen Währungs- und Valutamonopols ist, zeigt sich daran, daß unter den Bedingungen des Bestehens zweier gesellschaftlicher Systeme das kapitalistische Gesellschaftssystem versucht, die Währungsstabilität der sozialistischen Länder zu untergraben.

Besonders deutlich wurde das in den Beziehungen Westdeutschlands und der DDR. Solange zwischen Westdeutschland und der DDR eine offene Grenze existierte, wurde mit Hilfe eines spekulativen Wechselkurses die Mark der Deutschen Notenbank von westdeutschen und westberliner Wechselstuben illegal gehandelt. Bis zum Geldtausch in der DDR, am 13. Oktober 1961, unterlagen auf diese Weise etwa 700 Millionen Mark der Deutschen Notenbank der westdeutschen Spekulation. Dieser Betrag konnte mit dem Geldtausch stillgelegt werden. Bis zum 13. August 1961 war etwa der gleiche Betrag wiederum spekulativ in die Hand der Westberliner und westdeutschen Wechselstubenbesitzer gelangt. Diese illegalen Währungsmanipulationen haben wesentlich dazu beigetragen, unsere Wirtschaft in der Zeit der offenen Grenze zu schädigen.

Die Sicherung unserer Staatsgrenze, am 13. 8. 1961, bereitete der Schädigung unserer Wirtschaft durch die westdeutschen

Monopolherren ein Ende und hat entscheidenden Einfluß auch auf die Sicherung unserer Währungsstabilität gehabt. Es war nicht mehr möglich, Mark der Deutschen Notenbank spekulativ auszunutzen und unsere Wirtschaft zu schädigen. Das staatliche Währungs- und Valutamonopol konnte jetzt voll verwirklicht werden.

Der internationale Zahlungsverkehr der DDR vollzieht sich über Verrechnungskonten mit Hilfe von Verrechnungseinheiten, denen die Währungsparitäten zu Grunde liegen. Für Reisedevisen stehen bestimmte Reserven in ausländischen Zahlungsmitteln zur Verfügung. (Diese Reisedevisen machen aber den geringsten Teil unseres internationalen Zahlungsverkehrs aus.) Die Abwicklung des hauptsächlichsten internationalen Zahlungsverkehrs über Verrechnungskonten vollzieht sich ebenfalls geplant und durch die Deutsche Notenbank kontrolliert. Ausfuhr und Einfuhr müssen sich im wesentlichen ausgleichen. Dadurch entstehen nur kurzfristige Salden, die mit Hilfe von Warenlieferungen und Leistungen ausgeglichen werden.

Die Verwendung der Mark der Deutschen Notenbank etwa im Sinne des Kapitalexportes kapitalistischer Länder widerspricht den Grundsätzen der internationalen Beziehungen sozialistischer Länder zu anderen Ländern. Deshalb wird die Mark der Deutschen Notenbank auch nicht im Sinn der Kapitalverwertung und des Profitstrebens kapitalistischer Länder verwendet. Ein Kriterium der Verwertung kapitalistischer Währung im Ausland ist der freie Handel mit Devisen. Es besteht daher auch keine Notwendigkeit einer „freien“ Devisenkonvertibilität, wie sie bei den Hauptländern des Kapitalismus üblich ist.

Die juristische Devisenkonvertibilität unserer Mark trägt wesentlich dazu bei, die innere Stabilität der Mark der Deutschen Notenbank zu sichern. Hinzu kommt, daß durch das staatliche Valutamonopol unsere Devisenentnahmen mit dem größten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt verwandt werden können. Dadurch wird unsere Wirtschaft gestärkt. Das staatliche Valutamonopol dient also der Verwirklichung des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR, dient der Preisstabilität im Innern unseres Landes und schützt unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung vor der in kapitalistischen Ländern üblichen Geldentwertung und den damit verbundenen Verlusten.

Studenten auf die MMM oder nicht?

Stellen Studenten auf der Messe der Meister von morgen auf oder nicht? Wird es eine zentrale Leistungsschau der Studenten geben oder nicht? Zahlreiche solche Anfragen unserer Leser nach exakten Maßstäben für die Widerspiegelung des schöpferischen Studententwettstreites in Ausstellungen übermitteln wir dem

Staatssekretariat:

Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, einige Bemerkungen dazu, wie es kam, daß Studenten auf der MMM ausstellen. Die Konzeption, die im Frühjahr bestand und vorah, jährliche Leistungsschauen der Studenten in Verbindung mit der Messe der Meister von morgen durchzuführen, wurde im II. Quartal verworfen. Die neue Konzeption vom Büro für Industrie und Bauwesen beim ZK der SED legte fest, daß die Messe unter der Regie des Volkswirtschaftsrates durchgeführt wird und daß die Volkswirtschaftszweige voll verantwortlich für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Messe auch hinsichtlich aller Arbeiten der Studenten sind. Diese Aufgaben erfüllten die Bereiche der Volkswirtschaft nur sehr mangelhaft...

Wie unsere Aussprachen auf der Messe mit den Vertretern einiger VVB und Volkswirtschaftszweige ergaben, bestehen dort

noch mangelnde Erfahrungen darüber, wie sie die Studenten auch außerhalb der Praktika und in Verbindung mit den Ausbildungsfordernissen der jeweiligen Fachrichtung in die Lösung bestimmter volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben einbeziehen können.

Allerdings bedeutet die Konzeption des Büros für Industrie und Bauwesen keineswegs eine Entlastung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen bei der Vorbereitung der Messe der Meister von morgen. Die vergangene Messe zeigte, daß es von seiten der Hochschulen kaum irgendwelche Aktivitäten oder Kontrollen hinsichtlich der Auswertung von studentischen Arbeiten durch die Industrie gibt...

Zusammenfassend kann man sagen, daß weder die Industrie noch die Universitäten, Hoch- und Fachschulen die Aufgaben, die die MMM hinsichtlich der Arbeiten von Studenten an sie stellt, erfüllt haben...

Wir haben daraus folgende Schlussfolgerungen gezogen: Aufgabe unserer Fachbereiche ist es, zu überprüfen, welche Maßnahmen an den Fakultäten und Fachschulen sowie in Zusammenarbeit mit den zuständigen wirtschaftsleitenden Organen einzuleiten sind, damit auf der nächsten MMM in stärkerem Maße studentische Arbeiten den tatsächlichen Leistungsstand der Studenten widerspiegeln...

Die Entwicklung der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Studenten in allen Wissensgebieten und der Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretern der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen sollen gefördert werden: An allen Universitäten, Hoch- und Fachschulen sind jährlich Leistungsschauen durchzuführen... Erstmals im Jahre 1966 wird aus Anlaß des 15. Jahrestages der Hochschulreform und des 20. Jahrestages der Gründung der FDJ eine zentrale Leistungsschau durchgeführt. Diese Leistungsschau soll in starkem Maße für den Leistungsvergleich zwischen den Universitäten, Hoch- und Fachschulen aller Fachrichtungen sowie gleichzeitig zur zielstrebigsten Förderung begabter Studenten genutzt werden.

Auf der zentralen Leistungsschau werden auch all die Arbeiten derjenigen Fachrichtungen eine Würdigung erfahren, die sich — bedingt durch ihren nicht unmittelbaren volkswirtschaftlichen Nutzen — nicht oder im geringen Maße an der MMM beteiligen können.

Boland Tittel, Oberreferent, Sektor Studenten

(Inoffizielle Antwort, da noch eine Dienstbesprechung beim Staatssekretär mit den Fachbereichen aussteht.)

FDGB-Bundesvorstand:

Wir haben den Standpunkt vertreten, daß auf der Messe die Beziehungen zwischen Betrieb und Hoch- und Fachschule auf der Grundlage der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Studenten und Arbeiterjugend an Hand der Exponate zum Ausdruck kommen müssen.

Wir haben deshalb über die Zentralvorstände der Gewerkschaften und über unsere Gewerkschaftskomitees bei den VVB dahingehend Einfluß genommen, daß in den entsprechenden Bereichen auf der Messe der Studenten bei der Lösung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sichtbar gemacht wird.

Wir müssen in Auswertung der Messe der Meister von morgen feststellen, daß wir mit diesem Ergebnis nicht vollauf zufrieden sind, daß die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hoch- und Fachschule noch wesentliche Mängel aufweist und es weder die Hoch- und Fachschule noch die Betriebsleitung in genügendem Maße verstanden hat, besonders in der Entwicklung des Neuererwesens unter der Jugend die hervorragenden Potenzen der Studenten und die Initiative der Arbeiterjugend zu aktivieren.

Wir müssen aber darauf hinweisen, daß das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen besonders der Messe der Meister von morgen 1964 nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Wir sind der Auffassung, wenn die Aufgaben der Studenten in enger Beziehung mit Kollektiven in der Produktion in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit verwickelt werden, sind besondere Studententwettstreite nicht notwendig...

Heinz Kirschner, Leiter der Arbeitsgruppe Jugend

FDJ-Zentralrat:

20.12.1964. Grü/Ba

An den Zentralrat der FDJ, Abt. Studenten, Berlin.

Werte Genossen!

Wir gestatten uns, Euch beiliegend einen Brief an den Gen. Los vom Staatssekretariat für das Hochschulwesen zuzusenden. Da die darin genannten Probleme gleichermaßen den Zentralrat der FDJ angehen, möchten wir Euch bitten, uns Eure Meinungen dazu brieflich mitzuteilen. Uns interessiert für einen geplanten Artikel vor allem, welche Maßnahme und Regelungen Ihr für die Zukunft als günstig erachtet. In der Hoffnung auf baldige Antwort verbleiben wir

mit sozialistischem Gruß
Redaktion der „Universitätszeitung“

1 Anlage

Bei der Hoffnung auf die Antwort des Zentralrates ist es bisher leider geblieben!

Gibt es einen „schwedischen Weg“ zum Sozialismus?

Unter Slawisten tauchte die Frage auf, was unter dem von Walter Ulbricht auf dem 7. Plenum zitierten „Schwedischen Weg“ zu verstehen ist.

In ganz Westeuropa wie auch (besonders vor den diesjährigen Wahlen) in Westdeutschland geistert unter der Arbeiterschaft — hineingetragen vor allem von den sozialdemokratischen Parteien — das Schlagwort vom „schwedischen Weg zum Sozialismus“.

Walter Ulbricht bezeichnete auf dem 7. Plenum das von politischen Beobachtern Willy Brandt zugeschobene Programm einer „schwedischen Entwicklung“ für Westdeutschland als möglicherweise „in mancherlei Hinsicht interessant“.

Zwei Einschätzungen, die deutlich voneinander getrennt bleiben sollten. Interessant für uns an der schwedischen Entwicklung — nicht am „schwedischen Weg zum Sozialismus“ — ist, daß Schweden genau vor 150 Jahren den letzten Krieg führte und so einen beachtlichen, oft allerdings noch propandistisch übertriebenen Wohlstand ansammelte.

Genau so interessant ist die Tatsache, daß auch der schwedischen Bevölkerung niemand diese lange Periode des Friedens geschenkt hat, die schwedische Arbeiterklasse hatte harte, schwere Kämpfe zu bestehen, um die schwedische Neutralität in beiden Weltkriegen zu sichern. Eine für die damalige Zeit gewaltige Friedenskonferenz hatte 1916 entscheidenden Anteil daran, daß Schweden nicht am Krieg teilnahm, und erst eine breite Massenbewegung der Werktätigen Schwedens machte 1941, nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion, die entwürdigenden Zugeständnisse der schwedischen Regierung an Hitler rückgängig (das deutsche Heer, die Marine und die Luftwaffe besaßen etwa ein halbes Jahr lang das wichtige Recht, schwedisches Territorium, schwedische Hoheitsgewässer und schwedischen Luftraum zu benutzen).

Auch nach der Gründung der NATO fehlte es nicht an Versuchen — wenn auch der Tradition wegen auf Umwegen — Schweden an dieses Militärbündnis zu ketten. Auch das machte die schwedische Arbeiterklasse zum Scheitern — nicht zuletzt auf Grund gemeinsamer Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Und das ist schließlich die dritte interessante Tatsache an der schwedischen Entwicklung: die ersten Erfolge der Zusammenarbeit der Sozialdemokratischen Partei mit der legalen KP. Interessant, weil auch in dieser Hinsicht durchaus vorbildlich für die westdeutsche Sozialdemokratie, durchaus im Sinne demokratischer, friedlicher Entwicklung Westdeutschlands, wie sie von unserer Republik seit langem vorgeschlagen wird.

Auch interessant, aber im Sinne einer Lehre und einer Warnung für die westdeutsche Arbeiterklasse ist die Analyse der Fortschritte, die von den schwedischen Sozialdemokraten auf dem Wege zum Sozialismus gemacht wurden, während sie seit dem Herbst 1932 (mit Ausnahme einer kurzen Periode im Sommer 1936, als sie aus taktischen Gründen aus der Regierung austraten) an der Spitze der schwedischen Regierung standen. Diese nun bald 33jährige sozialdemokratische Regierung in Verbindung mit dem relativ hohen Lebensstandard der schwedischen Arbeiter ist ja der Nährboden für das Geschwätz vom „schwedischen Weg zum Sozialismus“. Über die Quelle des Wohlstandes sprechen wir oben — wo nun ist in Schweden etwas vom Sozialismus zu sehen?

Das gesamte Aktienkapital aller schwedischen Gesellschaften ist in den Händen von 2,5 Prozent der Bevölkerung (1962), zwei Drittel davon gehören weniger als 0,2 Prozent. — Auch in Schweden wachsen die Profite der Unternehmer bedeutend schneller als das Einkommen der Werktätigen. — 80 Prozent hoher Staatsbeamter entstammen der besitzenden Oberschicht, nur 1 Prozent ging aus der Arbeiterklasse hervor — und auch in Schweden geht die reale Macht nicht so sehr dem Parlament wie dem Staatsapparat. — Im Programm der schwedischen Sozialdemokratie von 1960 wagt es nicht einmal die sozialdemokratische Führung Schweden als sozialistisch zu bezeichnen, vielmehr hören wir auch dort nur „Wohlfahrtsstaat“, „Wohlfahrtsgesellschaft“.

Mögen diese wenigen Fakten auf diesem knappen Raum genügen, um zu beweisen, daß die schwedische Sozialdemokratie in über 32 Regierungsjahren eine sozialistische Umgestaltung der schwedischen Gesellschaft nicht einmal in Angriff genommen hat, daß die schwedische kapitalistische Ordnung nicht einmal der Evolution zum staatsmonopolistischen Kapitalismus entgangen ist. Der letzte Rest des traditionellen Sozialisierungspunktes im Programm von 1960 wird an die Bedingung geknüpft, „die grundlegenden Interessen der Bürger zu wahren“, ein Passus, der willkürlichen Auslegungen keine Grenzen mehr setzt.

Fassen wir zusammen: Es gibt wohl das Beispiel der schwedischen 150jährigen Entwicklung ohne Krieg, es gibt einige vorbildliche Beispiele der Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Aber es gibt keinen „schwedischen Weg zum Sozialismus“, es gibt keinen dritten Weg.

Rolf Möbius